

## Niederschrift

über die 13. Sitzung des Sozialausschusses am 29.11.2012  
(9. Wahlperiode)

## Tagesordnung

Seite

<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1 Förderrichtlinien für den Sozialen Bereich - Förderung Sozialer Arbeit mit Älteren Vorlage: FB2/452/2012</b> .....	4
<b>2 Schuldnerberatung - Verlängerung der Vereinbarung mit dem Sozialdienst Kath. Männer Neuss e.V. Vorlage: FB2/460/2012</b> .....	5
<b>3 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Vorlage: FB2/148/2012</b> .....	6
<b>4 Runder Tisch "Meerbusch barrierefrei" - Bericht des Behindertenbeauftragten</b> .....	6
<b>5 Seniorenbeirat - Bericht des Vorsitzenden</b> .....	7
<b>6 Haushaltsberatung 2013 Vorlage: FB2/454/2012</b> .....	7
<b>7 Bericht der Verwaltung</b> .....	10
<b>8 Termin der nächsten Sitzung: 20. Februar 2013</b> .....	10
<b>9 Verschiedenes</b> .....	10

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Sven Thorsten Bauer Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Helga Hermanns

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Ratsmitglied

Herr Hermann Müsch Sachkundiger Bürger

Herr Bernd Parys Sachkundiger Bürger

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Frau Barbara Büchner Ratsmitglied anwesend bis 18.30 Uhr, TOP 6

Herr David Burkhardt Ratsmitglied Vertretung für Frau Barbara Büchner ab 18.30 Uhr, TOP 6

**von der FDP-Fraktion - Sozialausschuss**

Frau Katja Giesen Ratsmitglied anwesend bis 18.30 Uhr, TOP 6

**von der FDP-Fraktion**

Herr Christian Kohnen Sachkundiger Bürger

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dr. Norbert Friedrich Sachkundiger Bürger

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Marco Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Guido Fliege bis 18.00 Uhr, TOP 4

Herr Joris Mocka Sachkundiger Bürger

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied Vertretung für Herrn Guido Fliege ab 18.00 Uhr, TOP 5

**von der UWG-Fraktion**

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

**Beratende Mitglieder**

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Wilfried Pahlke Evangelische Kirchengemeinde

**von der Verwaltung**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Erste Beigeordnete

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Angelika Bräuhaus Service Finanzen

Herr Christian Volmerich Service Finanzen

**Schriftführerin**

Frau Bettina Scholten

Fachbereich 2

**Gäste**

Herr Lothar Chaillié

Behindertenbeauftragter

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Frau Gabriele Schmidt

Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

Vorsitzender Focken begrüßt die Anwesenden und stellt die frist- und formgerechte Einladung des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet er um eine Gedenkminute für die im Oktober verstorbene Brigitte Zellmer. Diese sei seit Februar 2012 als Sachkundige Bürgerin für die UWG politisch aktiv und darüber hinaus auch überregional für ihr großes Engagement für Menschen mit Behinderungen bekannt gewesen.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Förderrichtlinien für den Sozialen Bereich - Förderung Sozialer Arbeit mit Älteren Vorlage: FB2/452/2012**

#### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss beschließt die Änderung der Förderrichtlinien für den Sozialen Bereich bezüglich der Förderung Sozialer Arbeit mit Älteren - Kapitel 4 – entsprechend der beigefügten Anlage.

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage nimmt zunächst nochmals Bezug auf die seit 2009 geltenden Richtlinien. Diese seien seinerzeit durch den Arbeitskreis 55+ erarbeitet worden. Zielsetzung sei es gewesen, die finanzielle Förderung an neuen qualitativen Standards auszurichten. Der Ansatz sei zudem ab 2010 um 5.000,00 € für Projektförderungen erhöht worden.

Wie damals vereinbart, seien in den vergangenen drei Jahren die Sockelbeträge kontinuierlich zu Gunsten der Kriterienförderung abgeschmolzen worden. Leider entspreche die Ausschöpfung der Kriterienförderung bisher nicht den Erwartungen und müsse sich noch weiter entwickeln. Zudem hätten die Träger die Projektfördermittel bislang so gut wie nicht in Anspruch genommen.

Unabhängig von diesen grundsätzlichen Feststellungen habe sich die Abschmelzung des Sockelbetrages für die Begegnungsstätte der AWO jedoch als besonders ausgewirkt, da dem konstanten Personalaufwand für diese Einrichtung durch die Kriterienförderung nicht hinreichend Rechnung getragen werde. Man schlage daher eine Änderung insoweit vor, als für eine Begegnungsstätte mit einer Öffnungszeit von mindestens 35 Stunden wöchentlich zukünftig ein Pauschalbetrag in Höhe von 80% der Arbeitgeberkosten für ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis auf den Sockelbetrag aufgeschlagen werden soll. Bei dem Pauschalbetrag handele es sich um eine rein rechnerische Größe, die der anteiligen Refinanzierung der hauptamtlichen Kräfte dienen solle.

Beratendes Mitglied Pahlke wie auch Ratsfrau Pricken sind der Auffassung, dass die Voraussetzungen und Modalitäten der Projektförderung den Trägern gegebenenfalls nochmals verdeutlicht werden sollten, um hier zu einer besseren Inanspruchnahme zu gelangen.

Auf Anfrage von Ratsfrau Büchner, warum die AWO in Relation zu den anderen Trägern nur eine geringe Kriterienförderung erhalte, verdeutlicht Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, dass einige der Kriterien für die Begegnungsstätte von vornherein ausgeschlossen seien. So könne die Einrichtung infolge der Eigenschaften des Gebäudes nicht das Kriterium der Barrierefreiheit erfüllen. Auch verschiedene Kriterien hinsichtlich der Öffnungstage sind auf die Begegnungsstätte nicht in anwendbar, da diese ohnehin 5 Öffnungstage nachweisen muss.

An der sich anschließenden Abstimmung nimmt Ratsfrau Pricken nicht teil.

**2 Schuldnerberatung - Verlängerung der Vereinbarung mit dem Sozialdienst Kath. Männer Neuss e.V.**  
**Vorlage: FB2/460/2012**

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss beschließt, die Vereinbarung mit dem Sozialdienst Katholischer Männer Neuss e.V. bis zum 31.12.2013 zu verlängern. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Fall einer veränderten Finanzierungssituation auf Kreisebene in der Vereinbarung eine dementsprechende vorzeitige Kündigungsmöglichkeit vorzusehen.

**Abstimmungsergebnis:                      einstimmig**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert nochmals kurz über Inhalte und Rahmenbedingungen der aktuellen Vereinbarung zur Schuldnerberatung durch den Sozialdienst Katholischer Männer Neuss e.V. (SKM). Da die Herren Esser und Simons leider verhindert seien, habe man den jährlichen Bericht hinsichtlich der Situation in Meerbusch in Form einer Folienpräsentation der Einladung bereits beigefügt.

Ferner erläutert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage die Finanzierung der Schuldnerberatung im Rhein-Kreis Neuss. Grundsätzlich müsse der Rhein-Kreis Neuss (RKN) die Finanzierung der Schuldnerberatung für die Leistungsberechtigten nach den Sozialgesetzbüchern II und XII sicherstellen. Die Beratung anderer Personengruppen sei im Regelfall eine freiwillige Leistung der Kommunen. Bei der Aufbereitung der Finanzierungssituation auf Kreisebene sei allerdings festgestellt worden, dass die Kostenanteile, die von Kreis und Kommunen übernommen würden, sehr stark variieren. So finanziere der Kreis für 139 Fälle in Meerbusch im Rahmen des SGB II und XII derzeit nur 10,3 Stunden, während für 117 sonstige Fälle seitens der Stadt freiwillig 25 Stunden refinanziert würden.

Zudem würden kreisweit insgesamt 42,5 % der Kostenanteile an der Schuldnerberatung durch Land, Sparkasse und Trägeranteile finanziert. Meerbusch profitiere allerdings bislang offensichtlich nicht ausreichend von diesen Drittmitteln. Insofern sei es aus städtischer Sicht sinnvoll die Gesamtleistung Schuldnerberatung durch den RKN erbringen zu lassen. Für die Refinanzierung der Kosten durch die Kommunen seien dann unterschiedliche Modelle denkbar. Über die Entwicklung der Gespräche auf Kreisebene werde sie dem Ausschuss berichten.

Abschließend stellt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage nochmals fest, dass es sich bei der Schuldnerberatung um eine notwendige und sinnvolle Beratungsleistung handele, die man auch weiterhin vorhalten wolle. Allerdings sei in Meerbusch bisher ein relativ großer Finanzierungsanteil aus städtischen Mitteln aufgewendet worden. In diesem Zusammenhang erklärt Ratsherr Wartchow, dass die Neukonzeption der Finanzierung nicht zwangsläufig dazu führen dürfe, in Meerbusch auf Stunden hinsichtlich der Beratung vor Ort zu verzichten.

### **3 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Vorlage: FB2/148/2012**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert kurz die Informationsvorlage. Aus dieser werde deutlich, dass auch in Meerbusch ein Anstieg der Fallzahlen hinsichtlich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und somit auch der damit verbundenen Kosten festzustellen sei. Die Kosten würden jedoch schrittweise vom Bund übernommen, infolgedessen sei für 2013 mit einer Entlastung von 13 Mio. zu rechnen.

Auf Anfrage von Frau Büchner erklärt die Erste Beigeordnete, dass unter der Begrifflichkeit Fall die Personen einer sogenannten Einsatzgemeinschaft, d.h. nicht getrennt lebende Ehegatten und Lebenspartner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sowie Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft zu verstehen seien, die mit ihrem Einkommen und Vermögen füreinander einstehen müssen.

Das SGB XII sieht neben den Regelleistungen in drei gesetzlich bestimmten Fällen die Gewährung einmaliger Beihilfen vor. Dabei handelt es sich um Kosten für

- Erstausrüstung Wohnung, inkl. Haushaltsgeräte (wird nur in sehr engen Grenzen gewährt)
- Erstausrüstung für Bekleidung bei Schwangerschaft und Geburt
- Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen, Mieten von therapeutischen Geräten

Die dafür in den Jahren 2009 bis 2011 angewendeten Beträge sind der Zeile „Einmalige Leistungen“ der Tabelle auf Seite 2 der Vorlage zu entnehmen.

### **4 Runder Tisch "Meerbusch barrierefrei" - Bericht des Behindertenbeauftragten**

Der Sozialausschuss der Stadt Meerbusch hat im Mai 2011 die Einrichtung eines Runden Tisches zur Umsetzung des Signets „Meerbusch Barriererefrei“ nach dem Vorbild des Berliner Modells beschlossen.

Ob ein beantragtes Signet im Einzelfall vergeben werden kann, entscheidet letztendlich ein ehrenamtliches Begehungsteam anhand eines vorgegebenen Kriterienkatalogs. Am 27.09.2012 erfolgte daher die Schulung von 15 Personen, die im Vorfeld Interesse an der Mitarbeit in dem Begehungsteam signalisiert hatten. Herr Dr. Chaillié berichtet ausführlich über den Ablauf des Seminars, welches von Herrn Jansen und Frau Schumacher von der Stadtverwaltung Neuss kompetent und anschaulich durchgeführt worden sei. Nach Vermittlung der theoretischen Anforderungen am Vormittag, habe man am Nachmittag interessante praktische Erfahrungen sammeln können. Mittels Rollstühlen, die dafür freundlicherweise vom Sanitätshaus Brockers zur Verfügung gestellt wurden, und mit einem Blindenparcours hätten auch die Teilnehmer ohne körperliche Beeinträchtigungen einmal nachvollziehen können, welche Barrieren von Menschen mit Behinderungen im Alltag zu bewältigen seien. Ferner habe man nachmittags auch die Anwendung der Kriterienkataloge am Beispiel des Bürgerhauses Lank trainiert.

Nunmehr soll eine Pressemitteilung auf das Signet und die mögliche Antragstellung aufmerksam machen. In diesem Zusammenhang verweist Herr Dr. Chaillié nochmals auf die vertrauliche Behandlung der eingehenden Anträge.

## **5 Seniorenbeirat - Bericht des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende des Seniorenbeirats, Herr Güllmann, berichtet ausführlich über die Aktivitäten des Seniorenbeirats im Jahr 2012. Ferner informiert er über Fachtagungen und Informationsveranstaltungen, an welchen er in seiner Funktion als Seniorenbeiratsvorsitzender teilgenommen habe. Schließlich verweist er auf die Änderung der Sprechzeiten des Seniorenbeirates. Detaillierte Informationen sind auch dem als Anlage beigefügten schriftlichen Bericht zu entnehmen.

## **6 Haushaltsberatung 2013 Vorlage: FB2/454/2012**

Die Beratung des Haushaltsentwurfes 2013 erfolgt produktweise.

### **Produkt 050 010 010      Soziale Hilfen**

Vorab wird über die Anträge aus den Fraktionen beraten.

#### **Integrationsrat**

Unter Bezugnahme auf den vorliegenden Antrag der SPD, für das Fest der Kulturen in 2013 eine zusätzliche Haushaltsstelle mit einem Ansatz in Höhe von 4.000,00 € einzurichten, bittet Ratsfrau Niegeloh die Verwaltung um eine Einschätzung, ob das Fest in angedachter Kooperation mit der BürgerStiftung Wir für Meerbusch auch aus Sponsorenmitteln und anteilig aus den Geschäftskosten des Integrationsrates finanziert werden könne. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage hält die Realisierung auf diesem Wege für möglich. Der Antrag wird infolgedessen zurückgezogen.

Ratsfrau Büchner erläutert, dass die FDP eine 10%ige Kürzung aller Geschäftsausgaben, auch im Bereich Soziale Hilfen, für vertretbar halte und diese somit beantrage. Vorsitzender Focken bittet in diesem Zusammenhang darum, derlei Anträge zukünftig doch schriftlich vorzulegen, da dies bezüglich der Nachvollziehbarkeit hilfreich sei.

Herr Wartchow informiert, dass auch die CDU einer moderaten Kürzung zustimmen könne. Bezüglich der Aufwandsentschädigung für den Behindertenbeauftragten wendet er jedoch ein, diese sei per Satzung festgelegt und könne daher nicht gekürzt werden. Ferner schlägt Ratsfrau Pricken vor, den Ansatz des Produktsachkontos „Aktiv im Alter“ zu reduzieren, da für das Jahr 2013 keine Seniorenmesse geplant sei. Diesbezüglich erklärt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, dass aus dem Sachkonto auch andere Projekte, beispielsweise „Senioren sicher im Sattel“, finanziert würden. Ein Ansatz in Höhe von 1.000,00 € sei daher für 2013 dennoch erforderlich.

Nach kurzer Diskussion werden einvernehmlich folgende Anträge zur Abstimmung gestellt:

**Produkt 050 010 010            Soziale Hilfen**  
**Zuschuss Seniorenbeirat – PSK 5421000**

Dem Antrag der FDP, die Geschäftsaufwendungen des Seniorenbeirats um 10% auf 4.500,00 € zu kürzen, wird einstimmig gefolgt.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig**

**Produkt 050 010 010            Soziale Hilfen**  
**Aufwandsentschädigung Behindertenbeauftragter – PSK 5421100**

Der Antrag der FDP, die Aufwandsentschädigung für den Behindertenbeauftragten um 10% auf 2.250,00 € zu kürzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	-	7	
FDP	3		
SPD	1	1	1
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>5</b>	<b>10</b>	<b>1</b>

**Produkt 050 010 010            Soziale Hilfen**  
**Geschäftsaufwendungen Integrationsrat – PSK 5431000**

Dem Antrag der FDP, die Geschäftsaufwendungen für den Integrationsrat um 10% auf 3.600,00 € zu kürzen, wird mehrheitlich gefolgt.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
FDP	3		
SPD		3	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>13</b>	<b>3</b>	

**Produkt 050 010 010            Soziale Hilfen**  
**Aktiv im Alter – PSK 5431110**

Dem Antrag der CDU, den Ansatz „Aktiv im Alter“ von 4.000,00 € auf 1.000,00 € zu kürzen, wird einstimmig gefolgt.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig**

**Produkt 050 010 010            Soziale Hilfen**  
**Sonstige Geschäftsaufwendungen – PSK 5431500**

Dem Antrag der FDP, den Ansatz für die sonstigen Geschäftsaufwendungen um 10% auf 1.800,00 € zu kürzen, wird einstimmig gefolgt.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig**

Es besteht Einvernehmen unter den Anwesenden, dass die beschlossenen Kürzungen sich ausschließlich auf das Haushaltsjahr 2013, nicht aber auf die Finanzplanung beziehen.

**Produkt 050 010 020            Hilfen/Flüchtlinge Aussiedler**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert, dass man infolge der steigenden Zuweisungen und unter Berücksichtigungen der Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes bereits Anpassungen der Produktsachkonten 5339100 und 5339150 vorgenommen habe. Auf eine weitere Erhöhung sei mangels konkreter Fakten bewusst verzichtet worden. Es könne jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass infolge weiterer Zuweisungen im Jahr 2013 überplanmäßige Mittel bereitgestellt werden müssten.

In den vergangenen Monaten seien 40 Neuaufnahmen von Flüchtlingen in Meerbusch zu verzeichnen gewesen. Aktuell weise die Zuweisungsquote 4 noch aufzunehmende Personen aus, die Quote verändere sich derzeit jedoch ständig. Infolge der Zusammenlegung von Personen in den städtischen Übergangwohnheimen stünden dort noch ca. 16 Plätze zur Verfügung. Nach Auslastung dieser Kapazitäten werde man notfalls eine Unterbringung der Flüchtlinge in den Obdachlosenunterkünften an der Strümpfer Straße veranlassen.

Ferner informiert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage über eine Mitteilung vom heutigen Tage hinsichtlich erhöhter Leistungen des Landes für das Haushaltjahr 2012 zum Ausgleich der Mehrbelastung der Kommunen wegen des obengenannten Gerichtsurteils. Die Stadt Meerbusch erhält demnach 21.100,00 € zusätzlich für das Jahr 2012. Dennoch verbleibe aber der mit Abstand größte finanzielle Anteil bei der Stadt. Seit 2007 betrage der Landesanteil ca. 10 – 12 % an den Gesamtausgaben. Weitere Bestrebungen des Landes zum Ausgleich der finanziellen Mehraufwendungen seien noch nicht bekannt.

Es werden keine Anträge der Fraktionen zu diesem Produkt gestellt.

**Produkt 050 010 020 – Sonstige soziale Leistungen**

Auch zu diesem Produkt werden keine Anträge seitens der Fraktionen gestellt.

Abschließend wird folgender Beschluss zum Haushaltsentwurf 2013 gefasst:

**Beschluss:**

Produktbereich 05 – Soziale Leistungen – Seiten 289 – 300

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2013 für die Produkte 050 010 010 „Soziale Hilfen“, 050 010 020 „Hilfen Flüchtlinge/Aussiedler“ und 050 010 030 „sonstige Soziale Leistungen“, einschließlich der anliegenden Veränderungsliste vom 29.11.2012, vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig**

**7 Bericht der Verwaltung**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert über die Ergebnisse eines Gutachtens zur Nachfrageentwicklung nach professionellen Pflegeleistungen im Rhein-Kreis Neuss, welches durch den Rhein-Kreis vor dem Hintergrund der gesetzlich notwendigen Pflegemarktbeobachtung in Auftrag gegeben wurde.

Demnach reguliert sich die Entwicklung des Pflegemarktes im ambulanten Bereich selbst. Im teilstationären Bereich ist eine Verstärkung der Tagespflege durch privatgewerbliche Anbieter zu verzeichnen.

Im Bereich der stationären Pflege wurde anhand einer Prognose für das Jahr 2015 ein Bedarf von 510 Pflegeplätzen ermittelt. Die dem Kreis bekannten Neubauvorhaben sehen die Schaffung von 630 Pflegeplätzen vor, so dass sich 2015 ein Überhang von 120 Plätzen ergäbe, davon 64 Plätze in Meerbusch.

Da für ein wirtschaftliches Platzangebot eine Auslastung von 95 % erforderlich sei und fehlende Einnahmen im Regelfall durch einen Personalabbau kompensiert würden sowie auch vor dem Hintergrund der erheblichen Auswirkungen des Zuwachses von Pflegeplätzen auf den Kreishaushalt, appelliere der Rhein-Kreis für eine altersgerechte Quartiersentwicklung und die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum vor Ort anstelle des weiteren Ausbaus von stationären Pflegeplätzen

**8 Termin der nächsten Sitzung: 20. Februar 2013**

**9 Verschiedenes**

Ratsfrau Niegeloh bedankt sich ausdrücklich bei den ausführenden Personen für die gelungene Seniorenmesse im Oktober diesen Jahres. Insbesondere die gute Auswahl des Schwerpunktthemas Sport habe zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen. Der gesamte Ausschuss schließt sich den Ausführungen an.

Meerbusch, den 10. Dezember 2012

---

Hans Günter Focken  
Ausschussvorsitzender

---

Bettina Scholten  
Schriftführer/in